

Der Flüchtling als Humankapital

Wider die neoliberale Integrationslogik

Von **Martin Koch** und **Lars Niggemeyer**

Immer unübersehbarer wird das Topthema Flüchtlingspolitik von der AfD dominiert. Zwar verwehren sich Vertreter etablierter Parteien gegen obsessive Forderungen nach Schusswaffengebrauch an der Bundesgrenze. Doch hektische Initiativen um Obergrenzen, Sanktionen, verschärfte Abschiebungsregelungen und unterbundenen Familiennachzug markieren ein Zurückweichen gegenüber rechtspopulistischen Positionen. Es fehlt die Vision einer prosperierenden Einwanderungsgesellschaft. Der noch im Herbst letzten Jahres leitgebende humanistische Appell der deutschen Bundeskanzlerin scheint angesichts aktueller Meinungsumfragen aufgebraucht.

Demgegenüber sehen die deutschen Arbeitgeber in der anhaltenden Flüchtlingszuwanderung ein „Riesenpotential“, so Arbeitgeberpräsident Kramer im „Handelsblatt“.¹ Damit knüpfen sie – angesichts des von ihnen proklamierten Fachkräftemangels – an ihre seit Jahren erhobene Forderung nach einer Ausweitung der Zuwanderung an.

Doch enthält diese Sichtweise auch das Potential zu einem langfristig verbindenden Zukunftsentwurf? Lässt sich die gegebene Situation vielleicht sogar mit der Integration von Flüchtlingen und Arbeitsmigranten in den Gründungsjahrzehnten der alten Bundesrepublik vergleichen?

Nach Lage der Dinge muss hinsichtlich beider Fragen das Gegenteil angenommen werden. Denn was Arbeitgeber, etablierte Parteien und AfD über alle Divergenzen hinweg verbindet, ist das Festhalten an den neoliberalen Paradigmen von Schuldenbremse, Deregulierung und Angebotsorientierung. Unter diesen Vorzeichen erscheint es fast ausgemacht, dass sich die solidarischen Bindekräfte insbesondere der deutschen Arbeitsgesellschaft noch weiter in Richtung einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit zersetzen werden.

Dabei könnte die derzeitige Situation durchaus Ausgangspunkt solidarischer Zukunftsentwürfe sein. Doch damit sich diese Möglichkeit umsetzen lässt, muss die Fluchtdebatte als verteilungspolitische geführt und mit der Vision einer grundsätzlich anderen Wirtschaftspolitik verbunden werden. Dazu ist es zunächst unumgänglich, die Denkfehler einer neoliberalen Integrationsvision offenzulegen.

1 „Handelsblatt“, 27.10.2015.

Zuwanderung ohne Vollbeschäftigung führt zu mehr Wettbewerb

Zunächst gilt es eines festzuhalten: Ohne Vollbeschäftigung führt mehr Zuwanderung zu mehr Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Dass hier speziell seitens der Arbeitgeber von einem Mangel an Arbeitskräften gesprochen wird, muss schon angesichts von allein nominell fast 2,8 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2015 verwundern. Zur Erinnerung: Mitte der 1970er Jahre führte bereits das Überschreiten der Ein-Millionen-Marke an Arbeitslosen in Westdeutschland noch zu panischen Reaktionen seitens der Politik.

Dabei zeigen die offiziellen Arbeitslosenzahlen nur einen Teilausschnitt des Problems: Rund eine Million Personen tauchen hier nicht auf, weil sie sich als „stille Reserve“ in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit befinden oder sich aufgrund anhaltender Erfolglosigkeit bei der Arbeitssuche nicht (mehr) arbeitslos melden.² Zudem ist mehr als jeder dritte abhängig Beschäftigte in Teilzeit erwerbstätig, insgesamt 14,7 Mio. Personen. Nach belastbaren Umfragen würde ein erheblicher Anteil davon die eigene Arbeitszeit gerne ausweiten: „Im Schnitt wünschen sich die Teilzeitbeschäftigten eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit um fast 4 Stunden.“³ Bezogen auf eine Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche ergibt dies einen zusätzlichen rechnerischen Bedarf von knapp 1,5 Mio. Vollzeitarbeitsplätzen. Zählt man registrierte Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und stille Reserve zusammen, so fehlen in Deutschland rund 5 Millionen Vollzeitarbeitsplätze; annähernd das Doppelte der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosigkeit.

Wachsende Konkurrenz durch neue zusätzliche Arbeitskräfte bedroht in einer solchen Situation Geringqualifizierte und Ortsfremde immer am stärksten – und zwar grundsätzlich gleich welcher Herkunft. Doch besonders betroffen von der bestehenden Spaltung des Arbeitsmarktes sind schon jetzt Beschäftigte nichtdeutscher Herkunft. 35 Prozent der „Ausländer/innen“⁴ waren 2012 im Vergleich zu 23 Prozent der Deutschen zu einem Niedriglohn beschäftigt.⁵ Schon jetzt sind in Deutschland lebende Migranten nahezu doppelt so häufig wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund von Arbeitslosigkeit betroffen: „Zuwanderer aus Drittstaaten“ mit mittlerer Qualifikation hatten nach Daten des Mikrozensus 2012 „sogar eine fast dreifach so hohe Wahrscheinlichkeit von Erwerbslosigkeit wie Männer ohne Migrationshintergrund“.⁶ Das trifft in ähnlicher Weise auch auf den Ausbildungsmarkt zu: 2015 begannen noch mehr als 270 000 junge Menschen eine

2 Johann Fuchs u.a., IAB-Prognose 2015/2016. Arbeitsmarkt weiter robust, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Kurzbericht 15/2015, S. 10.

3 Susanne Wanger, IAB-Prognose 2015/2016. Frauen und Männer am Arbeitsmarkt. Traditionelle Erwerbs- und Arbeitszeitmuster sind nach wie vor verbreitet, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Kurzbericht 4/2015, S.3.

4 Die verwendeten Begrifflichkeiten zu Migranten und Migrationshintergründen gehen auf die jeweiligen verwendete Literatur zurück und sind hier in Anführungszeichen gesetzt.

5 Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2012 und was ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro verändern könnte, in: „IAQ-Report“, 2/2014, <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2014/report2014-02.pdf> S. 5.

6 Jutta Höhne und Karin Schulze Buschoff, Die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Migrantinnen in Deutschland. Ein Überblick nach Herkunftsländern und Generationen, in: „WSI Mitteilungen“, 5/2015, S. 345-354, hier: S. 349.

dem Übergangsbereich zugerechnete Maßnahme, die keinen anerkannten Ausbildungsabschluss vermittelt.⁷ Der Anteil dieser Einmündungen in das Übergangssystem an allen Neuzugängen in berufliche Bildung war noch 2012 unter „Ausländern“ mit 46,5 Prozent beinahe doppelt so hoch wie unter „Deutschen“ (24,4 Prozent).⁸ Fachkräftepotential wäre also auch ohne Zuwanderung vorhanden, sofern in Ausbildung investiert werden würde.

Die Chimäre des Fachkräftemangels

Dem proklamierten Fachkräftemangel kann aber schon deswegen schwerlich entgegengewirkt werden, weil er als gesamtgesellschaftliches Problem gar nicht existiert. Die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen verdeutlichen, dass derzeit in Deutschland alle Berufshauptfelder einen Arbeitskräfteüberhang aufweisen, der laut Prognose abgesehen von branchen- und qualifikationsbezogenen Ungleichgewichten auch noch 2030 bestehen wird.⁹ Eine aktuelle Studie des DIW zeigt zudem, dass die Arbeitslosigkeit selbst in naturwissenschaftlich-technischen Akademikerberufen (IT-Experten, industriennahe Ingenieure, Humanmediziner und Physiker) zugenommen hat.¹⁰

Die aktuelle Debatte geht aber auch darüber hinweg, dass derzeit weitere Konkurrenz durch anhaltende „Zuzüge“ hochqualifizierter Fachkräfte aus dem europäischen Ausland entsteht. Erstmals seit 1995 war die Zahl „Zugezogener“ aus dem Ausland bereits 2012 auf über eine Million angestiegen. Noch 2014 kamen 74 Prozent aller Einwanderer aus Europa und mehr als die Hälfte aus osteuropäischen Transformations- und südeuropäischen Krisenländern.¹¹ Das berufliche Bildungsniveau aller „Neuzuwanderer“ lag dabei mit einem Akademikeranteil von 37 Prozent deutlich oberhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft (21 Prozent).¹²

Von einem solchen Bildungsvorsprung kann bei der neu entstandenen Gruppe der Flüchtlinge allerdings nicht ausgegangen werden. Nach grober Schätzung taxiert das IAB bereits im Juni 2015 einen Anteil von 53 Prozent der gemeldeten erwerbsfähigen Personen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung aus „Asylzugangsländern“. Dem steht zwar ein höheres schulisches Bildungsniveau gegenüber,

7 Statistisches Bundesamt, Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern, 2015, S. 4.

8 Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2014: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen, S. 276.

9 Tobias Maier, Gerd Zika, Robert Helmrach et al., Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität, „BIBB Report“, 23/2014, S. 8.

10 Karl Brenke, Akademikerarbeitslosigkeit: Anstieg in den meisten naturwissenschaftlich-technischen Berufen, in: „DIW Wochenbericht“, 47/2015, S. 1130-1135, hier: S. 1130.

11 Eigene Berechnung anhand Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse, 2014, S. 6 und 12.

12 Herbert Brücker, Andreas Hauptmann und Ehsan Vallizadeh, Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: „Aktuelle Berichte“, 14/2015, S. 4.

das jedoch immer noch deutlich unter dem der deutschen Mehrheitsbevölkerung liegt. Entsprechend wird von einer „Polarisierung der Qualifikationsstruktur“ in einen Anteil an Hochqualifizierten und eine umso größere Summe an „Asylbewerbern und Flüchtlingen“ ohne abgeschlossene Berufsausbildung ausgegangen.¹³

Damit dürfte es auf dem gesamten Arbeitsmarkt unter den derzeit gegebenen Bedingungen erheblich enger werden: Das IAB geht davon aus, dass das Erwerbspersonenpotential bei einer Zuwanderung von jeweils einer Million Menschen in 2015 und 2016 um zusätzliche 640 000 Personen und damit bis 2020 auf rund 46 Millionen ansteigen wird.¹⁴ Dies muss zu zusätzlicher Konkurrenz und Arbeitslosigkeit auf sämtlichen Qualifizierungsebenen führen, sofern keine entsprechende Ausweitung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvolumens stattfindet. Hierzu wäre aber ein deutlicher Wachstumsimpuls erforderlich.

Die bisher vorgesehenen öffentlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge werden in dieser Hinsicht sicherlich einen positiven Effekt haben. Allerdings reicht der prognostizierte Wachstumsbeitrag dieser Mehrausgaben nicht aus – die Bundesagentur für Arbeit prognostiziert ein flüchtlingsbedingtes Anwachsen der Arbeitslosigkeit in 2016 um 130 000 Personen.¹⁵

Die Gefahr eines rassistisch gespaltenen Prekariats

Die Entlastung arbeitsloser und prekär beschäftigter Gruppen durch leicht sinkende Arbeitslosigkeit, Mindestlohn und tendenziell rückläufige Sanktionsquoten für Hartz-IV-Empfänger in der letzten Zeit droht sich zu erübrigen, indem Zuwanderer gegen einheimische Arbeitssuchende in Stellung gebracht werden: Die Forderung nach Ausnahmen vom Mindestlohn für Flüchtlinge verdeutlicht die Gefahr, dass Migranten als Dumpingarbeitskräfte eingesetzt werden. Und selbst wenn diese Ausnahmetatbestände nicht geschaffen werden, ist angesichts der vorherrschenden Arbeitslosigkeit die Wahrscheinlichkeit gering, dass Einwanderer zum üblichen Lohn Arbeit finden. Seit der Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010 hat sich die nicht tarifgebundene sowie prekäre Beschäftigung in Form von Leiharbeit und Werkverträgen überproportional zu Lasten von Ausländern ausgeweitet.¹⁶ Erst in den letzten beiden Jahren ist es den Gewerkschaften gelungen, diesen Prozess zumindest anzuhalten. Eine echte Trendwende hat bisher aber nicht stattgefunden. Flüchtlinge, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu untertariflichen Bedingungen anzubieten, könnten unge-

13 Herbert Brücker, Andreas Hauptmann und Parvati Trübsetzer, Asyl- und Flüchtlingsmigration in die EU und nach Deutschland, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: „Aktuelle Berichte“, 8/2015, S. 8.

14 Johann Fuchs und Enzo Weber, Flüchtlingseffekte auf das Erwerbspersonenpotential, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: „Aktuelle Berichte“, 17/2015, S. 4.

15 Brücker/Hauptmann/Vallizadeh, a.a.O., S. 8.

16 Jutta Höhne und Karin Schulze Buschoff, Die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Migrantinnen in Deutschland. Ein Überblick nach Herkunftsländern und Generationen, in: „WSI Mitteilungen“, 5/2015, S. 345-354, hier: S. 352f.

wollt dazu beitragen, diesen Prozess erneut zu forcieren. Kurzum: Sofern die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht verändert werden, droht ein erheblicher Anstieg von Arbeitslosigkeit und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, was die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften und Beschäftigten schwächen wird. Um dies zu verhindern, sind zwei Sofortmaßnahmen dringend geboten: erstens, die Aufweichung des Mindestlohnes zu verhindern, und zweitens, die bestehende Tarifstruktur zu schützen, durch die Ausweitung von Branchenmindestlöhnen und der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Was ist aus der Integrationsgeschichte der Bundesrepublik zu lernen?

Gerade vor diesem Hintergrund aber stellt sich die Frage nach dem „Erfolgsrezept“ der 1960er Jahre. Was war damals anders? Wie konnte es gelingen, 2,6 Mio. ausländische Arbeitsmigranten in den westdeutschen Arbeitsmarkt zu integrieren – und zwar trotz erheblicher Statusunterschiede?

Zumeist wird auf den im Zuge des „Wirtschaftswunders“ gestiegenen Bedarf an Arbeitskräften verwiesen. Dieses Argument erweist sich bei genauerem Hinsehen jedoch als nicht haltbar. Denn das faktische Arbeitsvolumen ging während der kurzen Periode der Vollbeschäftigung zwischen 1960 und 1973 um knapp 11 Prozent (von 56 auf 50 Mrd. Stunden/Jahr) zurück.¹⁷ Damit ging eine Reduktion der regulären Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und die Verlängerung des jährlichen Erholungsurlaubs einher. Die Integration der Zuwanderer konnte also nur aufgrund einer massiven Arbeitszeitverkürzung erreicht werden.

Noch entscheidender aber dürfte es gewesen sein, dass dies nicht nur bei vollem Lohnausgleich stattfand, sondern bei überdurchschnittlich steigenden Reallöhnen. Der Anteil der Löhne bzw. Arbeitseinkommen am Bruttoinlandsprodukt weist in der betreffenden Periode eine durchweg steigende Tendenz auf, die allerdings spätestens ab Anfang der 1980er Jahre merklich zurückgeht und in den 2000er Jahren nahezu abstürzt.¹⁸

Arbeitszeitverkürzung und steigende Löhne stellen also offensichtlich nicht nur die Grundlage für eine funktionierende Integration von Zuwanderern, sondern auch die entscheidende Bedingung für eine gesamtgesellschaftliche Wohlstandsentwicklung dar. Sie ermöglichen über gemeinsam verrichtete Arbeit die Teilhabe an respektablen Sozialbeziehungen und sie bilden die Grundlage für eine wachsende Binnennachfrage, Investitionen und Steuereinkommen. Jeder zusätzlich ausgegebene Euro muss darum auch in der gegenwärtigen Situation als Investition in ein prosperierendes Gemeinwesen angesehen werden.

17 Hans-Uwe Bach u.a., Arbeitszeit und Arbeitsvolumen in der Bundesrepublik Deutschland 1960-1975, Sonderdruck aus: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, 1/1977, S. 27.

18 Hagen Krämer, Die Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung und ihrer Einflussfaktoren in ausgewählten Industrieländern 1960-2010. Untersuchung im Auftrag des IMK, Düsseldorf 2011, S. 17f; Lothar F. Neumann und Klaus Schaper, Die Sozialordnung der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. und New York 2008, S. 71f.

Doch damit dies tatsächlich gelingt, bedarf es einer Wende hin zu einer neuen Politik für Vollbeschäftigung – in Deutschland wie in der Europäischen Union. Diese kann nur mit einer Rückkehr zu einer Wirtschaftspolitik gelingen, die gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge betrachtet: Nicht der einzelne Arbeitslose ist individuell für sein Scheitern verantwortlich, sondern es ist insgesamt zu wenig Arbeit für alle vorhanden – in Deutschland, aber noch mehr in ganz Europa.

Der Privatsektor – Unternehmen und Haushalte –, und zwar speziell der deutsche, gibt seit bald 20 Jahren insgesamt zu wenig Geld aus, um Beschäftigung für alle zu schaffen. Stattdessen steigen die Spareinlagen ins Unermessliche. In dieser Lage ist eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben überfällig – beispielsweise zur Beschleunigung der Energiewende, für moderne Infrastrukturen, hochwertige soziale Dienstleistungen und bessere Schulen. Darum ist es von zentraler Bedeutung, den vom DGB bereits 2012 entwickelten „Marshallplan“¹⁹ nun auch endlich umzusetzen. Er sieht ein breit angelegtes Investitionsprogramm in erneuerbare Energien vor. Das würde in der EU bis zu 11 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen und insbesondere den Arbeitslosen in Süd- und Osteuropa wieder Perspektiven bieten.

Zudem ist ein umfangreiches nationales Investitionsprogramm dringend geboten. Alternative Ökonomen fordern zu Recht Mehrausgaben, die in Stufen bis zu einer Höhe von 100 Mrd. Euro in fünf Jahren ansteigen und insbesondere in die Verbesserung von Bildung, Pflege, Verkehrsinfrastruktur und Wohnraum investiert werden sollen.²⁰ Zur Finanzierung sollten sowohl die Schuldenbremse ausgesetzt als auch die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen angehoben werden.

Für eine groß angelegte Umverteilung von Arbeit

Höheres Wachstum allein reicht jedoch nicht aus, um Vollbeschäftigung zu erreichen. Es muss auch darum gehen, Arbeit anders zu verteilen. Seit 1975 sind in Deutschland die pro Erwerbsperson durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden – auch aufgrund der immensen Produktivitätsfortschritte – um rund ein Viertel auf rund 30 Stunden pro Woche gesunken.²¹ Dennoch arbeiten Vollzeitbeschäftigte heute wie damals unverändert etwa 40 Stunden. Um Arbeitslose und Unterbeschäftigte aller Herkunftsländer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssen daher auch die Arbeitszeiten der Vollzeitwerbstätigen sinken.

Außerdem muss bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden ein umfassender sozialer Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtigen, zusätzlichen und tariflich bezahlten Arbeitsplätzen eingerichtet werden, damit einheimischen und zugewanderten Erwerbslosen mit besonderen Integrationshemmnis-

19 DGB, Ein Marshallplan für Europa, Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin 2012.

20 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2015, Köln 2015, S. 30.

21 Vgl. Heinz-J. Bontrup, Lars Niggemeyer und Jörg Melz, Arbeit fairteilen. Massenarbeitslosigkeit überwinden!, Hamburg 2007.

sen geholfen wird. Die Kombination der beschriebenen Maßnahmen würde dafür sorgen, dass alle Menschen mit Erwerbswunsch, die in Deutschland leben, in Arbeit integriert werden. Damit würde die aktuelle Vertiefung der sozialen Spaltung in Deutschland abgewendet – und rassistischen Hassparolen wäre zumindest der ökonomische Nährboden entzogen.

Auf diese Weise könnte die Zuwanderung tatsächlich einen erheblichen Beitrag zu einem gesellschaftlichen Wiederaufbau leisten, der nach mehr als einem Vierteljahrhundert neoliberaler Spar- und Umverteilungspolitik dringend geboten ist. Dabei geht es um die Wiedererrichtung eines handlungsfähigen Sozialstaates, der den Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger entspricht. Noch viel grundsätzlicher geht es aber um eine Wiedergewinnung des Sozialen, um Humanität, Utopiefähigkeit und eine Abkehr von der neoliberalen Verelendung – im ideologischen wie im materiellen Sinne.

Dafür ist es nicht nur wünschenswert, sondern absolut notwendig, dass ein solcher Impuls von Deutschland ausgeht. Denn wenn schon das ökonomisch dominierende Land der EU dazu nicht in der Lage ist, dann wird man es auch von keinem anderen erwarten können.

Anzeige

BAYER - Aktien *in Aktion!*

Stimmrechte übertragen. Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.



Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

www.cbgnetwork.org

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

Ja, ich möchte mehr Informationen.

Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.

Ja, ich spende €

Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr

Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).

Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) €

Bitte abbuchen monatlich vierteljährlich

halbjährlich jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname Alter Beruf

Straße, Hausnr. PLZ, Ort

eMail Telefon

Geldinstitut Bankleitzahl bzw. BIC

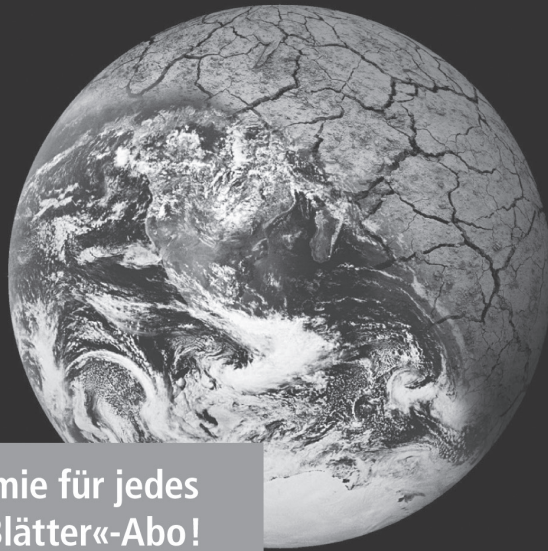
Konto-Nr. bzw. IBAN Datum, Unterschrift

Hinweis: Ich habe mein/e Abonnement/Abonnements für den Zeitraum ... bis ... abgeschlossen. Es geht nicht darum, die ... zu kündigen. Die ... sind ... und werden ...
Geldinstitut: ...

Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.)

MEHR GEHT NICHT!

Der Postwachstums-Reader



Die Prämie für jedes
neue »Blätter«-Abo!

editionBlätter

Alberto **Acosta** · Elmar **Altvater** · Maude **Barlow**
Ulrich **Brand** · Jayati **Ghosh** · David **Harvey**
Tim **Jackson** · Naomi **Klein** · Serge **Latouche**
Vandana **Shiva** · Harald **Welzer** · u.v.a.

Mehr auf www.blaetter.de

336 Seiten · 18 Euro · ISBN 978-3980492591